

Wöchentlich 20 Pfennig monatlich... Reichsamt im voraus zahlbar...

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Helf und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einblättrige Sonntagsbeilage 80 Pfennig... Reichsamt „Kleine Anzeigen“...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37336 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten...

Der ungarische Waffenschwindel.

Erwägungen der Kleinen Entente.

Prag, 4. Januar.

Der in Szene Gotthard aufgedeckte Schmuggel mit Maschinengewehren hat, dem „Prager Tageblatt“ zufolge, einen Meinungsaustausch zwischen den Staaten der Kleinen Entente zur Folge gehabt...

führen darf. Um dieses Verbot zu umgehen, ließ man die italienische M.-G.-Sendung zum Schein nach Warschau adressieren...

Unterwegs in Deutschösterreich erreichte die Sendung nicht Argwohn - warum sollte Polen nicht Maschinen aus Italien auf dem kürzesten Wege, über Deutschösterreich und Ungarn beziehen?

Für Polen besteht natürlich nicht die geringste Notwendigkeit, Maschinengewehre unter falscher Deklaration zu beziehen, denn es darf - so ist nun mal der tatsächliche Rechtszustand - so viel M.-G. haben, als es will...

Bemerkenswert ist auch, daß die Budapestener auf die Sache mit Warschau erst jetzt gekommen sind, da offenbar der erste Schwindel mit der Adressierung in die Slowakei gar zu große Heiterkeit erzielt hatte.

Der neueste Budapestener Schwindel.

Aus Budapest meldet B.T.B. - und zwar, ohne durch Hinweis auf die Quelle sich gegen die Möglichkeit zu decken, einer Behörde geziehen werden zu können - auf dem Frachtbrief für die 561 Kisten Maschinengewehre stehe klar und deutlich als Zielstation Warschau und als Liefervermerk „Neber Slowakisch-Neustadt ohne Umladen nach Warschau“...

Der tatsächliche Rechtszustand ist nämlich der, daß Ungarn laut Frieden von Trianon Waffen überhaupt nicht ein-

Bernunft wird Unsinn.

Folgen der Klame des Staatsgerichtshofs für die Splitterparteien.

Der Landtag von Mecklenburg-Sirelich ist auf Grund der Entscheidung des Staatsgerichtshofs aufgelöst worden. Die Folgen: es haben fünf neue Splitterparteien ihre Listen für die kommende Wahl angemeldet!

In München ist eine neue Splitterpartei gegründet worden. Ihr Wahlausruf zu den kommenden Reichstagswahlen ist bereits erschienen. Sie nennt sich Bar-Partei. Der Name hat nichts mit Bargeld, aber auch nichts mit einem Ausjahn spirituosier Getränke zu tun...

Es sind geschäftstüchtige Leute, diese Herren von der Bar-Partei, die auf die Eitelkeit ihrer lieben Mitmenschen spekulieren und die Ruhanwendung aus der letzten Entscheidung des Staatsgerichtshofs über die Splitterparteien ziehen...

Folgen des Reichsgerichtsurteils.

Neue Klagen der Splitterparteien in Hessen.

Darmstadt, 3. Januar. (Eigenbericht.)

Die Evangelische Volksgemeinschaft in Hessen hat nunmehr auch gegen die hessischen Landtagswahlen vom 13. November vorigen Jahres bei dem zuständigen Staatsgerichtshof Einspruch erhoben. Diese Gemeinschaft, die sich noch nicht als Partei konstituiert hat, stellt in der Begründung ihres Einspruchs die kühne Behauptung auf, sie hätte im Falle einer Teilnahme an der Wahl zwei bis drei Mandate erhalten...

Das Urteil des hessischen Staatsgerichtshofs über die Gültigkeit der letzten hessischen Landtagswahl ist voraussichtlich in der letzten Woche des Januar zu erwarten.

Die Minderheitsschulen.

Vorbildliche Regelung in Südbanien.

Der südbanische Unterrichtsminister hat den für die früher südbanischen Gebiete bestimmten Erlaß über die Einschulung von Kindern auch für die Obergespannschaft Laibach, das früher österrösterreichische Krain und Südsteiermark, gültig erklärt. Danach ist für die Nationalität nicht mehr der Name oder die Abstammung maßgebend, sondern die häusliche Umgangssprache und der Wille der Eltern...

Die Furcht der Diktatoren.

Zimmer neue Tendenzprozesse.

Rom, 4. Januar.

Vor dem außerordentlichen Gericht „zur Verteidigung des Staates“ beginnt demnächst der Prozeß gegen den kommunistischen Abgeordneten Lojardo und Genossen. Außerdem steht ein Konstreprozeß gegen 40 florentinische Anarchisten bevor, die der Verhöhnung gegen den Staat und heimlicher Propaganda beschuldigt werden...

Die Gattin Unamunos verhaftet.

Paris, 4. Januar.

„Populaire“ meldet aus Bordeaux, daß die Frau des spanischen liberalen Professors Unamuno an der spanischen Grenze verhaftet worden ist. Frau Unamuno hatte sich nach Frankreich begeben, um dort ihren Mann zu besuchen. Bei der Rückkehr nach Spanien ist sie nun verhaftet worden.

Nicaragua - besetztes Gebiet.

Zimmer mehr Unionstruppen gegen General Sandino entsandt!

Washington, 4. Januar.

Das Kabinett hat unter Vorsitz des Präsidenten Coolidge die Entsendung weiterer Marinestruppen nach Nicaragua beschlossen.

Man rechnet mit neuen größeren Schwierigkeiten in Nicaragua. Man vermutet, daß General Sandino von Regiko unterstützt wird, und befürchtet, daß die öffentliche Mei-

damit freie Wahlen gesichert werden. Die Washingtoner Regierung sei hierbei nur von dem Geist der Freundschaft und Hilfsbereitschaft für Nicaragua geleitet. Die schwierige Lage, in der sich ein Teil der nordamerikanischen Besatzungstruppen in Nicaragua zurzeit befindet, und

die sehr deutlichen Zeichen des Unwillens unter den Kongreßmitgliedern

über die kürzlich erlassene Schlappe, bei der mehrere nordamerikanische Seesoldaten getötet oder schwer verwundet wurden, veranlaßte die Regierung zur sofortigen Entsendung größerer Verstärkungen. Man war in hiesigen Regierungskreisen sehr peinlich überrascht durch die Nachrichten von diesem Rückschlag und dem Wiederaufleben der Aufstandsbewegung, besonders da der Kongreß übermorgen wieder zusammentritt und die Ansichten darüber geteilt sind, ob die Anwesenheit von Unionstruppen in Nicaragua überhaupt zweckmäßig sei...

Debatte über diese Angelegenheit im Plenum des Senats, obwohl allgemein zugegeben wird, daß zur Erhaltung ihres Prestiges die Regierung der Vereinigten Staaten gegenwärtig nicht anders handeln kann, als den Aufstand zu unterdrücken. Eine Zurückziehung der amerikanischen Truppen wird auch von der Opposition nicht befürwortet.

250 Personen ertrunken.

Dampferkatastrophe im Schwarzen Meer.

Bukarest, 4. Januar.

Nach Meldungen aus Konstantza geriet der russische Personendampfer „Goga“ auf der Reise zwischen Nikolajewsk und Noworossisk in einen heftigen Sturm. Der Dampfer wurde leck und ging innerhalb kurzer Zeit unter. Eine Rettungsaktion war infolge des schnellen Sinkens des Dampfers unmöglich. 250 Passagiere fanden den Tod in den Wellen, darunter eine Gruppe von 50 Schülern.



Zu Amerikas Eingriff in Nicaragua.

nung Mittelamerikas stark für General Sandino eintreten werde. Dies wäre Washington besonders deswegen unangenehm, weil damit die beabsichtigte Wirkung des Lindbergh-Fluges nach Mittelamerika aufgehoben würde und weil demnächst die panamerikanische Konferenz beginnt, die Coolidge zu besuchen beabsichtigt. Auf dieser Tagung werden aber nicht nur Vertreter der Regierung, sondern auch der Opposition von Nicaragua erwartet.

Weitere offizielle Washingtoner Meldungen besagen: Die Stärke der Unionstruppen in Nicaragua wird nach dem Eintreffen der Verstärkungen 25 000 Mann betragen.

Im Staatsdepartement wurde erklärt, weitere Marineinfanterie würden nach Nicaragua entsandt, um mit der nicaraguanischen Gendarmerie zur Wahrung der Ordnung zusammenzuwirken.

Keine Milde in Moskau.

Reuebekenntnisse der Opposition werden nicht geglaubt.

Moskau, 3. Januar.

Nach der Beurteilung der Opposition durch den Parteikongress ist im allgemeinen in den Parteiblättern von der Opposition nur noch wenig die Rede. Die Blätter registrieren die aus allen Teilen der Sowjetunion einlaufenden Mitteilungen über allgemeine Billigung der Strenge des Kongresses gegen die Opposition. Zugleich veröffentlichen die Blätter immer wieder „Reuebekenntnisse“ von Oppositionsleuten, die sich der Parteimehrheit wieder unterwerfen: in Leningrad allein seien 324 solche Erklärungen abgegeben worden. Neue „Enthüllungen“ über das Treiben der Opposition bringt die Presse jetzt nicht. Die einzige Ausnahme bildet eine Erklärung des ehemaligen Oppositionellen Petrow, der ausführliche Angaben über Geheimzellen der Opposition in Dnjepropetrowsk macht. Bemerkenswert ist dabei folgendes: als Sinowjew und seine nächsten Anhänger in Moskau ihren vergeblichen Versuch machten, durch eine verpöbete Unterwerfungserklärung vom Kongress Gnade zu erlangen, befand sich gleichzeitig in Dnjepropetrowsk ein Beauftragter Sinowjews, der die dortige Opposition mit Berichten und Instruktionen versah. Diese Enthüllungen Petrows dienen der Parteimehrheit als Bestätigung der Ansicht, daß alle Reuebekenntnisse und Friedensführer der Oppositionsführer als unaufrechtlich zurückgewiesen werden müßten.

Milde nur für — Weiße!

Moskau, 3. Januar.

Im November beschloß das Zentralkomitee der Sowjetunion die besondere Registrierung derjenigen Offiziere und Beamten der Roten Armee aufzuheben, die ehemals in „weißen“ Armeen gedient, d. h. also gegen die Sowjetmacht gekämpft haben. Diese Offiziere und Beamten sollen nunmehr in die allgemeinen Armeeregister eingetragen werden.

Russische Gefängnisse.

Kiew, 3. Januar.

Auf Grund der Sowjetamnestie sind drei estnische Eisenbahner aus dem Gefängnis der GPU in Leningrad entlassen und nach Estland abgeschoben worden. Sie waren vor längerer Zeit unter der Anklage der Spionage und des Schmuggels verhaftet worden, obgleich die Anklage nicht bewiesen werden konnte. Einer von den drei Esten, der mit vollständig zerstörter Gesundheit heimgekehrt ist, entwarf Pressevertretern ein wahrhaft fürchterliches Bild von den Mißhandlungen in den Gefängnissen der GPU. Nach seiner Aussage wurde wiederholt versucht, ihn durch harte Behandlung, vergiftete Nahrung usw. zu töten.

„Je größer der Wechsel, desto mehr bleibt es dasselbe“ sagt ein französisches Sprichwort. Wirklich, man braucht in George Kennans erschütternden Schilderungen „Russische Gefängnisse“ und „Sibirien“, die vor nahezu 40 Jahren die Kulturwelt tief bewegt haben, nur die zaristischen durch die Sowjetbehörden zu ersetzen, und das paßt heute wieder!

Gorki und der Terror.

Wenn zwei dasselbe tun...

Die Jubiläumsnummer des „Manchester Guardian“, die der Oktober-Revolution gewidmet war, brachte einen Artikel von Maxim Gorki und eine Antwort des Genossen Dan. Gorki erzählte da, wie selbst der der Sowjetregierung feindlich gesinnte Ruslandreisende nach kurzem Aufenthalt als Freunde des Sowjetregimes zurückgekehrt sei. Genosse Dan erwiderte darauf, daß

Gorki in seinem Artikel vergessen habe, den Terror zu erwähnen, dem die Sozialisten in Rußland zum Opfer fallen.

Diese Bemerkung des Genossen Dan wie auch der vor einiger Zeit von russischen Intellektuellen an Gorki gerichtete Brief hat diesen veranlaßt zu dem Vorwurf, er decke mit seiner Person die Grausamkeiten der Sowjetregierung, Stellung zu nehmen. Er erklärt in einer neuen Veröffentlichung, Dan habe vergessen, daß diese Grausamkeiten in Sowjetrußland nur die Reaktion auf die jahrhundert lange Unterdrückung des russischen Volkes darstellten. Mit anderen Worten: Gorki rechtfertigt hier gewissermaßen selbst den Terror gegen bewährte Sozialisten!

Daß Gorki auch anders kann, nämlich daß er unter Umständen auch scharfe Worte gegen den Terror findet, wenn es sich nicht um Rußland handelt, beweist sein Brief an den bulgarischen Kommunisten Kataloff. Hier protestiert Gorki gegen die Grausamkeiten der bulgarischen Regierung und sagt u. a.: „Ich weiß nicht, was es für einen Sinn haben könnte, einen Appell an die Barmherzigkeit von Menschen zu richten, die von zynischem Egoismus befallen sind.“ — Wenn zwei dasselbe tun, ist es für Gorki doch nicht dasselbe...

Die Sozialdemokraten wenden sich aber, treu ihrer Überzeugung, daß Grausamkeit ein schlechtes Mittel der Politik ist, gegen jeden Terror, einerlei, ob dies der Terror Mussolinis; ob es sich um die unerhörten Grausamkeiten in China oder um die Grausamkeiten bulgarischer Kerkermeister handelt. Terror bleibt Terror.

Todesstrafe für Untreue.

Moskau, 4. Januar.

Pojakoff, der kaufmännische Direktor der Getreideabteilung der Staatsbank und sein Gehilfe Telesnina wurden vom Obersten Gerichtshof zum Tode und zur Konfiskation ihres Eigentums verurteilt. Die Verurteilung erfolgte wegen Erteilung geheimer kommerzieller Informationen an Privatleute und wegen Verkaufs von Getreide an diese zu vorteilhafteren Bedingungen als an die Staatsorganisationen. Der Kaufmann Vereg und der Vermittler Katoschtschik wurden zum Tode, sieben Weitere zu verschiedenen Freiheitsstrafen verurteilt, sechs freigesprochen. Das Gericht beschloß, dem Zentralkomitee für Pojakoff und Telesnina die Nichtanwendung der Amnestie nachzusuchen. Bei Vereg und Katoschtschik wurde auf Grund der Amnestie die Todesstrafe in eine zehnjährige Gefängnisstrafe umgewandelt.

Der Gouverneurmord im Sudan.

Strafexpedition und Aufstandsurcht.

Khartum, 3. Januar.

Die Ermordung des Distriktskommissars der Bahr-al-Ghazal-Prävinz, Kapitän Ferguson, wird als ein beunruhigendes Symptom der Erregung unter den Eingeborenen des Sudan angesehen. Kapitän Ferguson war einer der fähigsten Beamten, der seit einer Reihe von Jahren den Distrikt fast ohne Militär und Polizei verwaltete und sich bei den Stämmen großer Beliebtheit erfreute. Es wird als besonders bedenklich angesehen, daß der Angriff auf Ferguson völlig unerwartet erfolgt ist, und man schreibt die Aufregung der bisher so ruhigen Stämme Einflüssen von außen her zu. Die sudanesischen Regierung hat eine Expedition zur Untersuchung und zur Bestrafung der Schuldigen entsandt. Sie trifft Vorbereitungen, um Aufstandsversuche im Keime zu ersticken.

In Ktawa sind die zwei wegen Spionage für Polen zum Tode Verurteilten zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

Briand und Washingtoner Vorschläge.

Bedenken und Rückfragen.

Paris, 4. Januar. (Eigenbericht.)

Der französische Außenminister Briand hat gestern dem amerikanischen Geschäftsträger in Paris die Antwort übergeben auf die amerikanischen Vorschläge zum Abschluß eines Schiedsvertrages und eines Antikriegspaktes. Die Antwort soll im Prinzip zustimmend ausgefallen sein, aber Briand soll doch eine Reihe Erklärungen gefordert haben. Eine seiner Rückfragen betrifft den Schiedsvertrag, denn hier will sich der amerikanische Senat das Recht vorbehalten, die Entscheidungen der Schiedsinstanz zu ratifizieren, was natürlich dem Prinzip des Schiedsgedankens widersprechen würde.

Zwei weitere Rückfragen gehen den Antikriegspakt an. Hier wünscht Frankreich einen besonderen Vertrag mit den Vereinigten Staaten abzuschließen, während die Vereinigten Staaten die Antikriegsbestimmungen nur als Präambel dem Schiedsvertrag voranzusetzen und allen dritten Mächten zur beliebigen Beteiligung offen lassen wollen. Das Weiße Haus soll sogar die französische Regierung aufgefordert haben,

alle europäischen Großmächte zum Beitritt zu veranlassen. Damit würde sich der Antikriegspakt, wie der „Matin“ erklärt, zu einer Replik an den Völkerbund und einer Antwort auf die kürzlich in Genf angenommene Entschliebung auswachsen, in der sich die Völkerbundsmächte verpflichten, in keinem Falle zu den Waffen zu greifen. Die Rückfragen Briands betreffen nur: 1. die Möglichkeit eines Exklusivpaktes zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten, der keiner dritten Macht offenstehen soll, und 2. die Frage, ob Frankreich im entgegengekehrten Falle, also bei Unterzeichnung eines allgemeinen offenstehenden Paktes nicht seine Völkerbundspflichten verletzt.

Niedner geht.

Pensionierungsgeßuch aus Gesundheitsrücksichten.

Leipzig, 4. Januar. (Eigenbericht.)

Drei Tage vor Weihnachten hat Senatspräsident Niedner sein Abschiedsgesuch eingereicht. Der Reichsgerichtspräsident hat es sofort nach Berlin weitergeleitet. Niedner gibt als Grund für sein Gesuch um vorzeitige Pensionierung Gesundheitsrücksichten an. Der politische Kampf gegen seine Tätigkeit habe einen ungünstigen Einfluß auf seine Nerven ausgeübt.

Als Nachfolger Niedners werden in erster Linie sein bisheriger Stellvertreter Lorenz, in der Öffentlichkeit auch schon zur Genüge bekannt, der ehemalige sächsische Justizminister Büniger (dessen Pension Sachsen sparen möchte) und der Präsident des fünften Strafsenats Reichert genannt. Niedner ist vorläufig bis zum 1. Februar beurlaubt. Dann wird sein formeller Abgang und der Antritt seines Nachfolgers erfolgen. Niedners letzte Tat war ein Justizhausurteil gegen den Kaiser Arcand.

Einheitsstaatspläne.

Eine politische Rede Dr. Höpfer-Wschoffs in Bochum.

Bochum, 4. Januar.

In einer von 1200 Personen besuchten, von der Demokratischen Partei einberufenen, Versammlung sprach der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Wschoff über Einheitsstaat, Verwaltung und Steuerreform. Der Redner ging aus von den Schwierigkeiten, die durch das Nebeneinander der Regierungen in Berlin entstehen. Er lehnte es ab, den preussischen Provinzen etwa die verfassungsgerechte Stellung der Länder zu geben, trat aber für eine solche Neugliederung ein, daß ganz Norddeutschland ein Reichsland bilde, mit einer selbständigen provinziellen Gliederung. Dieses Norddeutschland soll der Lebergang zum deutschen Einheitsstaat sein. Außerdem würden dann zum Reiche noch drei süddeutsche Länder gehören.

Die Frauen und der Kardinal.

Von Hans Bauer.

Kardinal Faulhaber hat in München eine Neujahrspredigt gehalten, sich darin gegen die Entfremdung des öffentlichen Lebens in Poesie, Kino, Theater, Literatur, Ehe, Familie und was sonst noch gewandt und es mal ordentlich jenen Frauen gegeben, die jeglichen väterländischen Stolzes bar, die elende Pariser Dirnenmode mimachen. Das ist zunächst einmal, falls tatsächlich diese Worte gefallen sein sollten, eine objektive Beleidigung. Aber wer möchte der mangelhaften Einsicht eines gewiß von wohlmeinenden Gefühlen befehlten geistlichen Herrn eine gar so pathetische Aufmerksamkeit widmen? Es ist Unfug, gegen Modeprobleme das Geschick sittlicher Entrüstung aufzuführen, und es hält diesem Unterfangen immer so ein klein wenig Lächerlichkeit an. Geschlechtmoral ist ein völlig relativer, zerfallender Begriff. Man frage die Ethnologen. Man frage die Psychoanalytiker. Man frage die Kulturhistoriker. Gar zusammengeschnitten mit der Mode kommt eine einzige Unlöslichkeit heraus.

Natürlich muß, wie alles in der Welt, auch die Mode sich der Kritik stellen, und wenn schon nicht der geschichtsmoralischen, so doch der der Hygiene, der Ästhetik, des Nützlichkeitsstandpunktes. Da liegen die Dinge nun so, daß, so alt wie die Mode, auch der Weg über sie ist. Schon Adam dürfte das Feigenblatt der Eva mit frühlichen Blößen bedacht haben. Jedoch, wenn man von irgendeiner Mode reden kann, daß sie im Recht ist, und daß ihre Beweiser im Unrecht sind, dann trifft es auf die Mode von heute zu, die es reichlich verdient hat, daß ihr Loblied einmal ganz energisch gelungen werde. Ich meine da jetzt selbstverständlich nicht die Einzelheiten der Mode, die Farben, die Stoffe, die Schnitte, die Macharten, die gerade als letzter Schrei gelten. Das sind Details der Konfektion, damit hat es nichts Gutes und nichts Böses auf sich, und an diese untergeordneten Dinge dürfte ja auch der Kardinal bei seinem vernünftigen Wort nicht gedacht haben. Rein, ihm werden die Expedienten der Mode vorgezwängt haben, und die werden gebildet durch den kurzen Rock und den Bubikopf. Aber: wie kurzfristig, wie kleinlich, wie müßig, diese Großtaten der Mode sittenopferhaft zu interpretieren! Das sind ja auch schon gar keine wünschenswerten Modelaunen mehr, der kurze Rock und der Bubikopf, das sind Lebensbekenntnisse von heute. Hier hat die Mode durchaus den Rahmen des Zulässigen und der Billigkeit, der Zeitgemäßheit und des Augenblicks einfalls gesprengt. Hier ist sie zum Unerwarteten über sich hinaus geschritten. Größlich, schauerhaft lächerlich, naturwidrig die Mode unserer Kindheit: das staubtaufgewirbelte Schlepptuch, der eingeschnürte Leib, das Wagnis auf dem Kopf, der Kaiser-Wilhelm-Bedächtigkeitskopfe. Herrlich, wunderbar, tößlich die Mode von heute: die sieghaft aus lästigen

Umhüllungen hervorgebrochenen Beine, die befreiten Hüften, das kurze, langweilige Knäpferlei und Blinderei nicht mehr bedürftige Haar. Reulich brachte eine Zeitschrift eine Gegenüberstellung von interessanten Photographien. Dieselben Künstlerinnen heute und vor 20 Jahren. Vor 20 Jahren hatten sie durch die Bank älter ausgesehen, als sie heute aussehen. Fürchterlich, dieser Zustand von Fröhlichkeit!

Welche Verknöchertheit, welche Eingespinntheit in die Welten poplärerer Sittlichkeitsdogmen gehört doch dazu, der Frau unserer Tage den abgehackten Kopf und die abgehackten Kniefutterale als Verberbnis anzukreiden!

Dirnenmode? Aber dann wären die Dirnen, in dieser Frage wenigstens, gegen die Kardinals im Recht, deren Fehler es schon häufig war, mit erledigtem Gedankengut gegen den Willen und das Geschick ihrer Epoche anrennen zu wollen: ihr Kardinal-Fehler jagungen.

Die bildenden Künste in der Türkei. Die erneuerte Türkei hat mit dem Vorurteil gekämpft, daß die Abbildung der lebenden Gestalt verpönt und dadurch nicht nur die Entwicklung der bildenden Kunst unterband, sondern auch das Volk um die lebendige Erinnerung an seine großen Männer und seine Vergangenheit brachte. Kemal Pascha hat sich in Wort und Tat zu einer neuen Auffassung bekannt; in einer Rede hat er beispielsweise ausgesprochen, daß die hergebrachte Anbetung heute, wo die Gefahr der Anbetung von Götzenbildern nicht mehr besteht, sinnlos geworden sei und daß nichts mehr dagegen spreche, der Malerei und Bildhauerei im türkischen Reich den Weg freizugeben. So sind denn auch eine Kommission für die schönen Künste, die dem Unterrichtsministerium unterstellt ist, und eine Gesellschaft türkischer Künstler gebildet worden, und in Ankara hat man schon vor einiger Zeit ein Nationalmuseum für Malerei und Skulptur geschaffen. Als besonders eindrucksvolle Symbole dieser großen Wendung werden jetzt in den türkischen Städten Standbilder des Schöpfers der neuen Türkei errichtet. In Stambul ist im vorigen Sommer ein Denkmal des Gasi eingeweiht worden, das von dem Wiener Bildhauer Krippel geschaffen ist. In Ankara hat man jetzt am gleichen Tage zwei Stuetzen Kemal von der Hand des Italieners Canonica enthüllt, eine zu Pferde vor dem Nationalmuseum und eine zu Fuß in einem der neuen Stadteile. Die Errichtung weiterer Kemaldenkmäler in Brussa, Smyrna, Konja und Afsar steht bevor. (Der Gasi scheint die Aufgaben der Skulptur mit der Beherrschung seiner Person zu verwechseln.)

Solepänderung im Saal der Schenke. Mittwochs abends von 11 Uhr bis 1 Uhr, Freitag 8 Uhr, Sonntag, Sonnabend, Sonntag und Montag abends der „Kaufmanns-Verenigung“ mit Frau und Kind im Saal, 11 Uhr, 11 Uhr, 11 Uhr. Die im Vorverkauf bereits gestellten Eintrittskarten für die abgelaufenen Vorstellungen behalten ihre Gültigkeit.

In Leningrad hat sich im abgelaufenen Jahr die Einwohnerzahl um 60 000 vermehrt. Sie beträgt jetzt 1 675 000. Leningrad steht in Europa nunmehr an sechster Stelle der Einwohnerzahl.

Wissenschaftliche Expeditionen 1928.

Das Jahr 1928 bringt eine Reihe wissenschaftlicher Expeditionen, durch die die bisherigen Unklarheiten der Erdkarte aufgehellt werden sollen. Am interessantesten ist die geplante russische Expedition zum Studium des neuentdeckten Kijensgebirges, das sich angeblich in Sibirien befinden soll. Vor kurzer Zeit ging eine Meldung durch die Presse, daß in Sibirien ein bisher unbekannter Höhenzug von beträchtlichem Ausmaß festgestellt worden sein soll. Diese Nachricht klingt etwas märchenhaft. Trotzdem besteht die Möglichkeit, daß hier noch unbekannte Gebiete sich befinden, denn wenn auch die staatlichen Organe in allen Teilen Sibiriens vertreten waren, so ist damit nicht gesagt, daß auch die wissenschaftliche Forschung bis dorthin vorgedrungen war. Die Beamten aber, die in den abgelegenen Teilen Sibiriens stationiert waren, wußten nichts von der Landkarte und hatten darum auch keine Ahnung, ob die bisherigen Bestimmungen der Landkarte mit den tatsächlichen Verhältnissen übereinstimmen. Die wissenschaftliche Expedition, die voraussichtlich im Mai dieses Jahres ihre Reise unternehmen wird, wird Aufklärung darüber bringen, wie weit die Auflecken erregende Rodriguez von der Entdeckung eines neuen Gebirges in Sibirien den Tatsachen entspricht.

Neben dieser Expedition, die eine völlige Neuerung auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Reisen darstellt, bringt auch das Jahr 1928 wieder mehrere Polarexpeditionen, da die Menschheit es nicht unterlassen kann, die beiden Pole unseres Planeten zu erforschen. Besonders der Südpol ist der Gegenstand der Sehnsucht unserer Forscher, da hier ein gewaltiges Gebiet festgestellt wurde, das zwar bisher noch unbewohnt und unbewohnbar ist, aber vielleicht in Zukunft eine wirtschaftliche Bedeutung ohnegleichen erlangen kann. Schon seit 100 Jahren ist ein eifriges Bestreben nach dem Südpol festzustellen. Auch das 18. Jahrhundert kannte bereits Südpolexpeditionen, denn die Prinz-Edward-Inseln wurden schon im Jahre 1722 entdeckt, und die Crozet-Inseln im Jahre 1772. Systematisch aber begann die Erforschung der Südpolarkländer erst im 19. Jahrhundert, insbesondere in den letzten 75 Jahren. Unter den hervorragendsten Expeditionen seien die Expeditionen von Ross, die Challenger-Expedition und die Expedition des deutschen Kapitäns Dallmann erwähnt. Ueberhaupt haben sich deutsche Männer um die Erforschung des Südpols sehr verdient gemacht, denn im Jahre 1808 stieg die deutsche Böldirer-Expedition bis zur Bouvet-Insel vor, und die berühmte Südpolexpedition unter Druggall vom Jahre 1801 bis 1803 entdeckte die Küste eines unbekannten Landes am 21. Februar 1802. Späterhin taten sich noch Amundsen und Fischer hervor. Nun will der bekannte amerikanische Flieger Byrd die erste große Südpolexpedition mit Flugzeugen durchführen, nachdem er bekanntlich vor zwei Jahren zum erstenmal den Nordpol überflogen hat. Auch der Nordpol soll wieder wissenschaftliche Besuche erhalten, denn der italienische General Robile will im April dieses Jahres mit einem Luftschiff „Stafia“ sich den Ruhm erwerben, als erster auf dem Nordpol gewesen zu sein und nicht nur ihn überfliegen zu haben. Daneben sind noch mehrere Sonnenfinsternisexpeditionen zu erwähnen, die von England, Frankreich, Deutschland und Amerika nach Südafrika, Südamerika und Madagaskar zur Beobachtung der großen totalen Finsternis am 10. Mai dieses Jahres aufbrechen werden.

Zauwetter in Sicht.

Ursache: Warme Westwinde!

Der seit Weihnachten anhaltende strenge Frost wird nach den Mitteilungen des amtlichen Wetterdienstes ein schnelles Ende finden. Das Hochdruckgebiet, das über Mitteleuropa lagerte und bis nach Skandinavien hinaufreichte, ist langsam ostwärts gezogen und hat seit heute seinen Einfluß auf unser Wetter gänzlich verloren. Dafür dehnt ein aus Westen herannahendes Tiefdruckgebiet seine Herrschaft über uns aus.

Die Veränderung in der Luftdruckverteilung wird sich vor allen Dingen in einer Winddrehung bemerkbar machen, die uns statt des Ostwindes westliche Winde bringen wird. Da die Westwinde warme Luftmassen mit sich führen, die unter dem Einfluß des Ozeans und des Golfstromes stehen, ist mit Zauwetter zu rechnen. Die Witterung machte sich heute morgen bereits in Westdeutschland bemerkbar. Das Quecksilber schwante nur noch um null Grad herum. Mit der Veränderung der Wetterlage ist eine ziemlich starke Bewölkung zu verzeichnen, die sich bis zur Ober erstreckt. In Westdeutschland ist heute vormittag vereinzelt Schnee gefallen.

Die Wetteraussichten für die nächsten Tage sind alles andere denn als rosig zu bezeichnen. Es heißt, daß wir eine längere Zeit unter dem Einfluß der westlichen Winde bleiben werden und eine neue Kältewelle nicht in Aussicht steht. Die Temperaturen werden den Nullpunkt überschreiten und es wird mit einer Wärme von drei bis vier Grad gerechnet.

In Berlin fing es in der zwölften Mittagsstunde an zu schneien. Das Quecksilber rückte gleichzeitig verächtlich nahe auf den Nullpunkt und so wird es mit der Schneeherrlichkeit wohl nicht von langer Dauer sein. Denn schon heute wird vom Wetterdienst Schnee und Matschwetter mit der bekannten Gattungsbildung prophezeit. Sollte der Wärmeeinbruch tatsächlich von längerer Dauer sein, wird sich auch die Eisherrschaft auf den Seen und Flüssen in der Umgebung Groß-Berlins in Wasser auflösen.

Auto gegen Güterzug.

Ein Berliner Chauffeur schwer verletzt.

Gestern gegen 18 Uhr ereignete sich an der Haltestelle Krenzendorf der Berlin-Anhalter Bahn, einige Stationen vor Luckenwalde, ein schwerer Zusammenstoß. Der Lieferwagen einer Berliner Firma befand sich auf dem Heimwege. Wahrscheinlich hat der Chauffeur die Schranke an dem unübersichtlichen Chauffeur zu spät bemerkt, so daß er mit seinem Wagen auf den Bahndamm geriet, während aus der Richtung Berlin ein Güterzug erfuhr, etwa 150 Meter weit mitgeschleift und schwer beschädigt. Der Chauffeur erlitt schwere Verletzungen, die seine sofortige Ueberführung in ein Berliner Krankenhaus notwendig machten. Ein von Jüterbog herbeigerufener Hilfszug nahm sofort die Aufräumungsarbeiten vor. Infolge des bedauerlichen Unfalles wurde der gesamte Zugverkehr zwischen den Stationen Ludwigsfelde und Thyrow einige Stunden eingeleistet aufrecht erhalten. Dadurch entstanden große Störungen. Alle Züge konnten nur mit beträchtlicher Verspätung ihr Ziel erreichen.

Zu dem Unfälle wird uns noch mitgeteilt, daß besonders der Personenzug nach Jüterbog, der 17.36 Uhr Berlin verläßt, von der Verspätung betroffen wurde. Während nach den geltenden Bestimmungen alle D-Züge mit Vorrang abgeleitet wurden, blieb dieser hauptsächlich von Arbeitern benutzte Zug über drei Stunden auf freier Strecke liegen. Andere Züge folgten. Ein großer Teil der Reisenden ging zu Fuß bis zur nächsten Station. Es kam schließlich infolge der berechtigten Empörung zu Auseinandersetzungen mit den Eisenbahnbeamten. Daher muß die Frage erhoben werden, warum es die Eisenbahndirektion in diesem Falle nicht für notwendig hielt, den Passagieren der Personenzüge die Benutzung eines der D-Züge zu gestatten und diesen ausnahmsweise bis Jüterbog auf jeder Station halten zu lassen? So rückwärtslos sollte man am allerwenigsten gegen ständige Fahrgäste bandeln.

Das Mondgesicht.

Guter Mond, du gehst so stille
am Zenith und ahnst es nicht,
wer durch eine blaue Brille
scharf beäugt dein Angesicht.

Ludendorff nebst seinem Weibe
sieht man kampferregter Stehn,
die vermittels einer Scheibe
einmal andersrum zu drehn.

Maurer, Jesuiten, Juden,
alle zeigen Mondnatur.
Aber hütet euch, denn Luden-
dorff, er ist euch auf der Spur!

Wenn erdeint er mit Rothilde
seine Kurbel nimmt zur Hand
dann wird das erheuchelt milde
Mondgesicht euch umgewandt.

In der Gegenseite Krater
lacht besriedigt sich der Held.
Und man meldet dem Psychiater:
„Ludendorff bereitgestellt!“

Jonathan.

Es gibt keinen Krebserreger. Wenn auch die moderne Krebsforschung noch kein wirksames Heilmittel gegen diese furchtbare Krankheit gefunden hat, so hat sie doch schon wichtige Ergebnisse erzielt. Über die Professor Bernhard Fischer-Wasels in der „Landschau“ einen Ueberblick bietet. Infolge der bakteriologischen Denkweise der modernen Medizin nahm man an, daß der Krebs durch einen besonderen Erreger hervorgerufen werden muß und immer wieder erregen Nachrichten, daß nun endlich der Krebserreger entdeckt sei, großes Aufsehen. Demgegenüber betont aber der Gelehrte, daß heute die Theorie eines spezifischen Krebserrregers restlos und einwandfrei widerlegt ist. Trotz aller scheinbaren Entdeckungen, die sich regelmäßig als falsch erwiesen, steht fest, daß die Geschwulstkrankheit keine Infektionskrankheit ist. Wir können heute mit Bestimmtheit sagen, daß das Wesen der bösartigen Geschwulst nicht von äußeren Faktoren bestimmt ist, sondern daß dieses Wesen in der emarierten und tranken Zelle selbst liegt. Diese Besonderheit der Geschwulstzellen zeigt sich bei der Ueberpflanzung. Wenn man normale Zellen des Körpers auf einen anderen Organismus überpflanzt, so gehen diese Zellen fast ausnahmslos zugrunde. Die Geschwulstzellen aber entwickeln sich sehr lebhaft und überdauern alle normalen Zellen, freilich sie auf. Diese Entartung der Zellen ist also die Ursache der Krebskrankheit.

Amerikanische Sitzung für Hebel etc. Vollständiger Sturmman teilte bei einem ihm zu Ehren abgehaltenen Abendessen der Linden-Gesellschaft in Rom mit, daß die auf seine Veranlassung vorgenommene Sammlung für die Unionshilfe in Oberbayern bereits 20000 Dollars ergeben habe. Weitere Beiträge sind in Aussicht gestellt.

Gefangene des Glends.

Das Obdachlosenheim in der Schnitterkaserne.

In Buch, am Rande des Kiefernwaldes, liegen zwei langgestreckte Baracken. Vor der Türe spielen Kinder, am Drahtzaun, der das Ganze umfriedet, trocknet Frauen- und Kinderwäsche. Unwillkürlich denkt man an die Gefangenenlager im Kriege, in denen Menschen jahraus, jahrein um ihre Freiheit schmachteten; auch hier sind es Gefangene, Gefangene des Glends, in ihrer Not verhasst.

Im November vorigen Jahres hat die Stadt Berlin, um im städtischen Hof für Obdachlose Platz zu schaffen, die ihr gehörigen „Schnitterkasernen“ in Buch für Obdachlose einrichten lassen. Die Leute, die hier untergebracht sind, sind meist Schnitterfamilien, die im Sommer und Herbst Beschäftigung auf Gütern hatten, nach beendeter Erntearbeit entlassen wurden und nun nach Berlin kamen in der Hoffnung, hier irgendwelche Arbeit zu finden. In der Hauptsache handelt es sich um Flüchtlinge aus Polen, Schlesiern, Rußland usw., die hier in der Fremde natürlich völlig dem Glend preisgegeben sind. Die Männer bleiben, um ralsch Arbeit finden zu können, im Obdach, während man die Mütter mit ihren Kindern in Buch beherbergt. Das Heim hat elektrisches Licht, Heizung, Badegelegenheit, zweimal täglich kommt der Arzt, Säuglinge müssen täglich, die Erwachsenen einmal wöchentlich baden, kurz, alles ist im großen und ganzen hygienisch einwandfrei. Trotzdem prallt man beim Betreten der verschiedenen Stuben vor dem darin herrschenden Gestank und dem schlimmen Eindruck des Ganzen entsetzt zurück. Sieben bis neun Frauen bewohnen einen Raum — die Kinder sind, Mädchen und Knaben getrennt, in großen Schlafsälen untergebracht —, in dem sich tagsüber natürlich auch noch die dörrten Kinder und etliche Fiurnachbarinnen aufhalten. Die Fenster sind ängstlich geschlossen, die Defen wie toll geheizt, der Fußboden, auf dem die Kohlen lose hingeschüttet herumliegen, strahlt vor Schmutz, der von zeriretemen Kohlenstaub, Strohenschnur usw. herrührt. Auch die poor armseligen Kleidungsstücke tragen das ihre zur Verschlechterung der Luft bei. Zweimal wöchentlich muß laut Anstaltsverordnung der Fußboden gereinigt werden, doch erweist sich dieser Säuberungsakt als ungenügend. Man müßte ja eigentlich annehmen, daß Frauen für dertei häusliche Angelegenheiten selbst das nötige Verständnis haben, ebenso für die genügende Lüftung der Räume. Dies scheint jedoch nicht der Fall zu sein, wohl schon aus dem Grunde, weil diese Menschen auch früher in ihrer ländlichen Beschäftigung ja meist unter mehr als primitiven Verhältnissen hausten. Sie müßten also zu größerer Reinlichkeit angehalten werden.

Das Essen — es gab gerade Schweinebauch mit Sauerkohl — ist reichlich, nach Angabe verschiedener Anjassen sollen Proportioneu morgens und abends allerdings etwas knapp bemessen sein, und den Kindern, die oft sehr fröhlich sind, fehlt es an Milch. Diese Milch wird nur an Säuglinge verabfolgt; doch gibt es größere Kinder, die mit dem Magen zu tun haben oder aus sonst einem Grunde leichtere Kost haben müßten. Es ist natürlich sehr schwer, all diesen vom Schicksal so sehr vernachlässigten Menschen etwas Zufriedenheit vermitteln zu können; sie werden sich immer zurückgelehrt und schlecht behandelt fühlen. Ein sehr wichtiger Punkt ist aber die Beschäftigungslosigkeit der Frauen den ganzen Tag über, die natürlich von höchst ungünstigem Einfluß auf ihre physische und psychische Beschaffenheit ist. Den ganzen langen Tag — morgens 7 Uhr wird aufgestanden und abends 8 Uhr zu Bett gegangen — sitzen sie in ihren dumpfen Stuben dichtgeperrt auf Stühlen, Tischen und Betten herum, die Kinder drücken sich zwischen den Erwachsenen von einer Ecke in die andere, immer das gegenseitige Glend vor Augen, ohne jede Ablenkung, die Unzufriedenheit wächst, und mit ihr die Verzweiflung. Es müßte ein großer Tagesraum geschaffen werden, in dem sich die Frauen aufhalten und in irgendeiner Weise beschäftigen können. Gegenwärtig beherbergt Buch über 80 Frauen nebst 120 Kindern. Für die Verpflegung behält die Stadt die Arbeitslosenunterstützung ein, ferner erhalten die Frauen wöchentlich eine Mark Taschengeld.

Die Anjassen dürfen nach vorheriger Anmeldung das Heim verlassen, müssen aber bis spätestens abends 8 Uhr wieder zur Stelle sein. Zweimal wöchentlich zwei Stunden ist Besuchszeit für die Männer. Zu Weihnachten bereitete man auch diesen Armen der Armen eine kleine Feier. Ein großer Lichterbaum brannte, die Kinder bekamen je ein Hemd und Strümpfen, Schürze oder Kleiderchen und einen bunten Teller nebst Spielsachen. Am 1. Feiertag brachte ihnen der Arbeitergesangverein „Freier Volkshor Buch“ mit hübschen Festliedern ein wenig Feiertagsstimmung. Die frommen Weihnachtslieder der Heimschwwestern von der Güte Gottes und der schönen Gerechtigkeit wollen ihnen, angelehnt ihres Jammers, nicht in den Sinn. Aber die Lieder von Freiheit und erwachendem Nationalismus, die ihnen die Sänger von draußen brachten, in die Stimmung auch sie, wenn auch arm an Hoffnung auf ein besseres Später, mit ein. Das Heim bleibt bis zum April seiner jetzigen Bestimmung übergeben; wer bis dahin keine Arbeit und kein Dach über dem Kopf gefunden hat, der sieht wieder auf der Straße.

Ausbau der Volksschulen.

Für Begabte ein neuntes und ein zehntes Schuljahr.

Eine Denkschrift über den Ausbau der Volksschule Berlins, vom Stadtschulrat Rydahl, wird jetzt von der städtischen Deputation für das Schulwesen befaßt. Gefordert wird zunächst nur Ausbau eines neunten und eines zehnten Schuljahres, der einer kleineren Klasse besonders begabter Kinder zugute kommen soll. Diese Volksschul-Ausbauklassen müßten ihren Schülern und Schülerinnen die Berechtigungen mitgeben können, die den Mittelschulen zuerkannt sind. Hierzu ist nötig, daß in den Volksschul-Belehrung eine Fremdsprache eingefügt wird. Die Denkschrift empfiehlt, mit dem Fremdspracheunterricht schon nach Abschluß des siebenten Schuljahres zu beginnen. Die zum späteren Besuch der Aufbauklassen auszuwählenden Kinder wären dann im achten Schuljahr für einen Fremdsprachekurs abzuweisen und in ihm besonders zu unterrichten. In den Aufbauklassen wird der Unterricht nach dem Prinzip des Arbeitsunterrichtes und in der Form freier Arbeitsgemeinschaften erteilt werden können. Ausgewählt werden für den Besuch dieser Klassen nur solche Knaben und Mädchen, die infolge praktischer Intelligenz als besonders geeignet zu einer späteren Betätigung im Wirtschaftsleben, in sozialen und Verwaltungsbereichen scheinen. Eingehende Gutachten der bisher bedachten Schule und eine Aufnahmeprüfung sollen über die Auswahl der aufzunehmenden Kinder entscheiden.

Zunächst wird man für jeden der zwanzig Verwaltungsbereiche Berlins nur eine in dieser Weise ausgedachte Volksschule schaffen, so daß aus jeder achtklassigen Volksschule durchschnittlich nur ein bis zwei Kinder an die ausgedachten Volksschulen für ihre Aufbauklassen abgegeben werden könnten. Die Kosten dieses zunächst noch sehr bescheidenen Volksschulausbaues werden nicht erheblich sein. Für mehr Lehrmittel (wegen Erweiterung des Unterrichtes in Physik, Chemie und Biologie) sind einmalig je Schule 2000 M. nötig. Neue Lehrkräfte und sachliche Ausgaben erfordern laufend je Schule 20000 M. im Jahr, also für nur 20 ausgedachte Schulen 400000 M. Die Denkschrift erwartet von dem vorgeschlagenen Ausbau der Volksschule Berlins, dieser Aufstockung zweier Klassen, eine Erweiterung der Aufstiegsmöglichkeiten für die ins Erwerbsleben hinaustretenden begabten Knaben und Mädchen aus unbemittelten Bevölkerungsschichten. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung werden zu diesen Vorschlägen Stellung zu nehmen haben.

Drei Verletzte bei einem Autozusammenstoß.

Gestern gegen 23 Uhr ereignete sich auf der Straßenkreuzung Tempelhofer Ufer und Schöneberger Straße ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Geländeauto und einer Kraftbrücke. Beide Fahrzeuge wurden schwer beschädigt. Der 42jährige Führer des Geländeautos, Emil Puppe aus der Seestr. 34, und dessen Mitfahrer, der 21jährige Doktor Schärer aus der Vintenstraße, sowie der Insasse der Kraftbrücke, ein 63jähriger Bolzenmeister Hermann Witt erlitten stark blutende Kopf- und Körperverletzungen. Die Verunglückten wurden durch die zu Hilfe gerufene Feuerwehr in das Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Die zertrümmerten Kraftwagen mußten abgeschleppt werden. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

Rangierers Tod.

Einen entsetzlichen Tod fand gestern nachmittag der 60jährige Rangierer Otto Müller an dem Gelände der Deutschen Industriewerke in Spandau. Er kam beim Ueberfahren des Gleises kurz vor einem herantrollenden Güterzug zu Fall. Die Räder gingen über den unglücklichen hinweg und trennten ihm beide Beine vom Kumpf. Er wurde in das Spandauer Kreiskrankenhaus übergeführt, wo er an den Folgen der furchtbaren Verletzungen starb.

Eissegelrennen auf der Müggel.

Zu unserem Bericht von den Eissegelrennen auf dem Müggelsee in der Sportbeilage vom Montag abend schreibt uns ein Leser des „Vorwärts“:

Der größte Teil der Müggelbesucher hatte von einem Rennen keine Ahnung. Ich selbst bin einer von den in die Schlitten Gelassenen und trug erhebliche Verletzungen und Sachbeschädigungen davon. Ich bin kein Gegner des Eissegelports. Wenn man aber Rennen organisiert, muß man mindestens die Bahn markieren, damit Unbete hätte wissen, wo sie zu gehen haben. Es ist schwer, auf dem spiegelglatten Eise in

leichter Sekunde auszuweichen. Bemerkten möchte ich noch, daß ich nur eine ins Eis gesteckte Fahne als Zeichen des Rennens bemerkt habe. Auf dem Wege von der Grünauer Seite bis Friedrichshagen habe ich keinen Kontrolleur oder Funktionär gesehen. Unverantwortlich ist es, daß ein so schlecht organisiertes Rennen gestattet wird. Der betreffende Schlittensfahrer, mit dem ich zusammengestoßen bin, hat es nicht für nötig befunden, trotzdem ich aus Mund und Nase stark blutete, von mir Notiz zu nehmen.

Das Abenteuer auf der Eisscholle.

Sechs Wilhelmshavener Schüler aus Eisnot gerettet.

Sechs Sekundaner des Gymnasiums in Wilhelmshaven, die sich am Dienstag nachmittag auf das Treibeis des Jadebusens hinausgewagt hatten, trieben plötzlich mit einer abgetriebenen Eisscholle in das Fahrwasser. Die Hilferufe der jungen Leute wurden an Land erst gehört, als die Scholle bereits weit draußen dem Meere zutrieb. Man alarmierte das Flottenkommando und die Marinewerft. Erst nach stundenlangen Bemühungen gelang es, zunächst drei der gefährdeten Sekundaner und schließlich auch noch die anderen drei zu retten.

Die sehr schwierige Rettungsaktion wird uns aus Wilhelmshaven folgendermaßen geschildert:

„Dem Schlepper „Arne“ war es gegen 9 Uhr abends gelungen, drei Kinder zu retten, die sofort von einem an Bord des Schleppers befindlichen Arzt in Pflege genommen wurden. Die Marine hatte inzwischen noch den Flottentender „Hela“ und den Loksdampfer „Austringen“ ausgesandt, die mit ihren Scheinwerfern das Eis absuchten, während vom Strande aus ein großer feinerer Scheinwerfer sie unterstützte. Die drei übrigen Kinder trieben währenddessen auf dem Eise nach Barel zu und machten sich durch lautes Schreien bemerkbar. Der Schlepper „Arne“ wich weiter durch das Eis vor, konnte die Kinder durch Leuchtstrahlen entdecken und sie ebenfalls an Bord holen. Der Schlepper konnte jedoch vorläufig nicht nach Wilhelmshaven zurückkehren, da er durch den inzwischen einsetzenden Eisstrom im Eise festkam; er wird erst Mittwoch früh wieder in den Hafen einlaufen können.

Sieben Kinder ertrunken.

London, 4. Januar.

Durch zusammenbrechendes Eis auf kleinen Seen und Bächen sind gestern in verschiedenen Gegenden rund um London sieben Kinder ertrunken.

60 Räteopfer in Amerika.

Auch Eisenbahnunfälle infolge der Kälte.

Die Zahl der in den Vereinigten Staaten von Nordamerika infolge der Kälte Verstorbenen hat sich auf 60 erhöht. In den Straßen New Yorks sind in den letzten Tagen wieder mehrere Personen erstoren.

Nach Meldungen aus New York sind in Atlanta bei einem Zugunglück, das auf den seit einigen Tagen herrschenden starken Frost zurückgeführt wird, drei Personen getötet und zwölf verletzt worden. Bei einem weiteren Eisenbahnunfall in Marietta in Ohio, das ebenfalls auf die Einwirkung des Frostes zurückgeführt wird, wurden fünf Personen verletzt. In den größeren Städten herrscht unter der armen Bevölkerung außerordentliche Not. Die Armenasyle in New York werden von Unterkunft suchenden Personen überlaufen.

Drei Bergleute verschüttet.

Am Dienstag abend wurden auf der Zeche Heinrich Gustav bei Langendreer drei Bergleute verschüttet, die bis heute vormittag noch nicht geborgen werden konnten. Leider besteht auch vorläufig keine Aussicht, zu den verunglückten Bergmännern zu gelangen, da die Bergungsarbeiten, die mit dem größten Eifer fortgeführt werden, infolge des ständig nachstürzenden Gesteins sich für die Rettungsmannschaften äußerst schwierig und gefährlich gestalten.

Auflösung der Strafanstalt Lichtenburg. Der preussische Justizminister hat beschlossen, die in Regierungsbezirk Merseburg gelegene verfallene Strafanstalt Lichtenburg aufzulösen. Eine Modernisierung dieser Strafanstalt erscheint zu kostspielig.

Der Streit in den Wurstfabriken.

Dem gestern abend gefassten Streitbeschluss ist in allen größeren Betrieben des Verbandes der Berliner Fleischwarenfabrikanten durchweg Folge geleistet worden. Mit Ausnahme von zwei kleineren Betrieben, in denen einige Christliche und Unorganisierte stehen bleiben, ist heute früh nirgends die Arbeit wieder aufgenommen worden. Im Streit stehen etwa 800 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die wichtigsten betroffenen Firmen sind: Robert Koldwitz, Oranienburger Straße; Bruno Koldwitz, Weihensee; Ziegler, Weihensee; Laeste, Petersburger Straße; Charlottenburger Fleischwerke von Schiff; Hagen, Thierstraße; Hants, Weihensee; Behr, Schöneberg; Krüger, Friedrichsfelde; Heber, Charlottenburg; Bach, Warschauer Straße; Jacob, Webersstraße; Lange, Kraussstraße; Meyer, Zentralschlachthof. Die Zentralstreikleitung befindet sich in „Boeters Festhallen“, Webersstraße 31, und ist telephonisch zu erreichen unter Königsstadt 8414.

Die Wurstfabrik der Konsumgenossenschaft Berlin hat mit dieser Lohnbewegung nichts zu tun und wird nicht bestreikt.

Ergebnislose Verhandlungen in der Karosserie.

Die Funktionäre der in den Berliner Karosseriebetrieben beschäftigten Arbeiter hatten beschlossen, das Lohnabkommen zum 31. Dezember 1927 zu kündigen und eine Erhöhung der Löhne und Akkorde um 15 Proz. zu fordern. In den Verhandlungen am 22. Dezember erklärten die Unternehmer, wegen der ungünstigen Geschäftslage außerstande zu sein, irgendwelche Lohnzulagen zu gewähren. Sie hätten nur zu wenige Aufträge, doch sie alle Mühe hätten, ihre Arbeiter noch zu beschäftigen. Sie machten den Vorschlag, das Lohnabkommen zu verlängern, bis die Konjunktur besser geworden ist.

Die Verhandlungskommission der Arbeiter erklärte sich mit diesem Vorschlag nicht einverstanden. Die Forderungen der Arbeiter rechtfertigten sich nicht nur durch die Teuerung, sondern auch durch die weit höheren Löhne in anderen Industrien, insbesondere in den amerikanischen Automobilbetrieben. Die Unternehmer wollten diese Behauptung mit dem Hinweis entkräften, doch in ihren Betrieben zum größten Teil ebenfalls höhere Löhne gezahlt würden wie in den amerikanischen Betrieben, was ihnen aber von der Verhandlungskommission widerlegt wurde.

Die Verhandlungen wurden schließlich ergebnislos abgebrochen. Eine Konferenz der Funktionäre des Karosseriearbeiterverbandes beschloss am Dienstagabend im Verbandslokal der Metzlarbeiter mit diesem Stand der Dinge und beschloss ohne Debatte einstimmig, die Verlängerung des Lohnabkommens auf unbestimmte Zeit abzulehnen. Die Organisationen wurden vielmehr beauftragt, den Schlichtungsausschuss anzurufen.

Konjunkturpolitik der KPD.

Die Arbeitslosen steigen und die KPD. bezieht sich daher, bevor die Frostperiode zu Ende geht, zum 14. Januar eine „Erwerbslosenkonferenz Berlin-Brandenburg-Lausitz“ einzuberufen. Die Einführung der Arbeitslosenversicherung habe die Lage der Erwerbslosen ungeheuer verschlechtert. Und nun soll der Widerstand der Erwerbslosen gegen die dauernde Verschlechterung ihrer Lage kommunizistisch organisiert werden.

Will etwa die KPD, die Lage der Erwerbslosen reformistisch verbessern? Ueber diesen „Verdacht“ ist sie erhaben. Was aber will sie dann? Die Erwerbslosen für die Weltrevolution mobilisieren?

Die KPD. hat den Erwerbslosen, außer abgedrohten Phrasen, nichts zu bieten. Die Gewerkschaften sind es, die die Interessen ihrer erwerbstätigen wie die ihrer erwerbslosen Mitglieder wahrnehmen. Die KPD. in ihrer prinzipiellen und unmissigen Opposition gegen die Arbeitslosenversicherung ist für die Erwerbslosen die ungeeignetste Instanz. Die Erwerbslosen werden es daher den Anhängern der KPD. überlassen, die kommunizistische Erwerbslosen-Agitationen zu beschleichen.

Zustände in der Schuhfabrik D. Schulze.

„Ich möchte euch den Schädel einschlagen.“

Der Betriebsleiter der Schuhfabrik D. Schulze, Berlin, Gerichtstraße 12/13, Herr Müller, hat erst kürzlich von sich reden gemacht. Am 2. Januar 1928 hat er den Arbeitern in der Zwickerie in folgender Weise seine Neujahrsgratulationen dargebracht. Ein Arbeiter hatte die Schuhe nicht vorchriftsmäßig auf die Stellen gelegt. Der hinzukommende Betriebsleiter Müller schimpfte zunächst den Meister an, wie es möglich sei, doch er so etwas nicht sehe. Müller nahm darauf einen Hammer eines Arbeiters, schlug damit auf den Tisch und warf den Hammer mit solcher Wucht auf die Erde, daß er wieder hochsaug und zweifellos die Arbeiter verletz hätte, wenn sie sich nicht geschützt hätten. Dabei schrie er die Arbeiter an: „Ich möchte euch den Schädel einschlagen.“ Als der betreffende Arbeiter dann die Schuhe richtig hinstellen wollte, hieß er ihn am Kopf fest und verhinderte ihn daran. Den hinzukommenden Betriebsratsvorsitzenden brüllte Müller an: „Scheren Sie sich fort, die Sache geht Sie gar nichts an.“ Als er diesen ebenfalls angreifen wollte, kam der Betriebsinhaber hinzu und schlichtete den Vorfall. Der Betriebsrat legte Herrn Schulze nahe, daß die Tätigkeit des Betriebsleiters Müller für den Betrieb, wenn er in dieser Weise fortführt, den Ruin bedeutet. Zweifellos werden sich die Arbeiter der Firma Schulze beratige Verhandlungen durch den Betriebsleiter nicht gefallen lassen.

Daß die Tätigkeit der Betriebsräte bei der Firma Schulze dem Betriebsleiter längst ein Dorn im Auge ist, ist wiederholt darzulegen worden. In den letzten Tagen veranlaßte Müller wieder eine Klage beim Arbeitsgericht auf Zustimmung zur Entlassung eines

Betriebsratsmitgliedes in der Stanzerel. Der Termin am Arbeitsgericht steht heute an.

In der Abteilung Bäckerei verdienen die Bäckerinnen auf Veranlassung des Betriebsleiters in den letzten Wochen statt 77 Pf. pro Stunde nur noch 54 Pf. Leider hat die Tarifinstanz durch eine Entscheidung dem Bestreben auf Lohnherabsetzung Rechnung getragen. Bisher war es nicht möglich gewesen, diese Entscheidung zu torrigieren, was jedoch unter allen Umständen geschehen muß.

Wie ein Bäckermeister berichtet.

Zu der von dem Herrn Bäckermeister Brjch in Berlin-Wittenau, Hauptstr. 19/20, von unter Berufung auf den § 11 des Pressegesetzes geforderten und in Nr. 611 des „Vorwärts“ erschienenen „Berichtigung“ wird uns vom Verband der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, Ortsverwaltung Berlin, folgendes mitgeteilt:

Die von Ihnen veröffentlichte Berichtigung des Bäckermeisters Brjch hat uns veranlaßt, den Kontrollleur, unser Verbandsmitglied, zu hören. Er erklärte: Früh 4 Uhr 45 Minuten betrat ich die Bäckerei von Brjch. Meister Brjch hatte schon Teig hergestellt und hat demzufolge mindestens um 4 1/2 Uhr begonnen. Die „Berichtigung“ von Brjch ist also in diesem Punkte eine glatte Unwahrheit. Ebenfalls unwahr ist es, wenn Brjch in seiner Berichtigung angibt, daß er „in Notwehr“ gehandelt habe. Als ich die Bäckerei betrat, wurde ich von Brjch sofort angefahren und bedroht mit den Worten: „kommen Sie mit zur Uhr (auf der Straße). Wenn es schon 5 Uhr ist, schlage ich Ihnen die Brillengläser ein.“

Ich ermahnte Brjch zur Ruhe, da ich kein aufgeregtes Benehmen kenne, und ging mit ihm ahuungslos zur Uhr, welche einige Häuser entfernt ist. Kurz vor der Uhr schlug er dann tatsächlich auf mich ein, und zwar zuerst nach den Augen, wodurch auch die Brille zerbrochen wurde. Ich suchte zuerst meine Augen zu schützen, und Brjch benutzte diese Gelegenheit, weiter auf mich einzuschlagen, was er nochmals wiederholte, als ich mein Rad ergriff, um fortzufahren.

Durch diesen zweiten Heberfall bzw. Angriff wurde mein Rad erheblich beschädigt. Irrendwelche „Unverständigkeit“ von meiner Seite bestreite ich ganz entschieden, da mir Brjch als gewalttätig bekannt ist da er schon einmal in Gegenwart eines Polizeibeamten auf mich einschlugen wollte, durch das Dazwischentreten dieses Beamten, welcher einen Kunstgriff zur Anwendung brachte, aber daran verhindert wurde. Die Darstellung von Brjch ist mithin auch bezüglich meiner „Unverständigkeit“, welche ihn veranlaßt haben soll, mich aus der Bäckerei zu weisen, unahr.

Diese Ausführungen unseres Kollegen sprechen für sich und zeigen, welchen Wert die Berichtigung des Herrn Brjch hat. Brjch hat von „Notwehr“ in seiner Berichtigung gesprochen. Er ist ein kräftige Person, wogegen der Kontrollleur nur ein verhältnismäßig schwächlicher Mensch ist. Der Herr Brjch ist uns schon aus der Zeit bekannt, als er noch in Berlin, Oberberger Straße 21, eine Bäckerei betrieb. Auch hier mußte er wegen Verstoß gegen die Bäckereiverordnung zum Schutze der Bäckerarbeiter mehrfach zur Anzeige gebracht werden.

Im Jahre 1922 wurde gegen ihn fünfmal Strafverfahren wegen geistl. und im Jahre 1924 wurden zwei Strafverfahren erhoben, woraufhin er auch bestraft wurde. Auch damals zeigte sich dieser Herr schon von keiner gewalttätigen Seite, da er glaubt, durch Gewalt das Recht auf Arbeiterschaft in kleinen Betrieben außer Kraft zu setzen. Unsere Akten aus der damaligen Zeit ergeben, daß in einem Fall Herr Brjch mit einem Gegenstand nach dem Kontrollleur des Verbandes warf und dabei ein Fenster zertrümmerte. Damit aber nicht genug, kam er, mit einem Beil bewaffnet, hinter dem Kontrollleur her.

Auch einen anderen Verbandskontrollleur bedrohte er in Gegenwart eines Polizeibeamten, indem er nach einem Schlagwerkzeug ariß und sagte: „Sind Sie noch nicht draußen, ich schlage Sie, daß Sie der Teufel ist.“

Aus alledem dürfte sich ergeben, daß Herr Brjch dauernd in „Notwehr“ ist, sobald er bei ungeschehenen Handlungen und Verstößen gegen die Arbeiterschutzgesetze estoppt wird. Wir bitten, diese unsere Zuschrift zu veröffentlichen, um unsere Kollegen gegen die Warnrufe des Herrn zu schützen, und auch zu zeigen, wie es mit der Berichtigung des Herrn Bäckermeisters Brjch steht. Ueberdies wird sich auch der Strafrichter noch mit dieser Angelegenheit beschäftigen, da unser Kollege wegen der Körperverletzung durch Brjch Klage erhoben hat.

Der „industrielle Frieden“ in England.

London, 4. Januar. (WTB.)

Der Unterausschuss des Generalkongresses der Gewerkschaften wird nächste Woche hier zusammentreten, um die Fragen zu erörtern, die in den Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Herbeiführung des Friedens in der Industrie zur Sprache kommen werden. Die erste gemeinsame Sitzung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer wird wahrscheinlich Ende Januar stattfinden. Die Arbeitgeber wünschen, daß der ganze, die Reorganisation der Industrie und die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern betreffende Fragenkomplex zur Diskussion gelangt.

London, 4. Januar. (GP.)

Die Untersuchungen des Unterkomitees, das vom Generalgewerkschaftsrat zur Vorbereitung der Konferenz über den industriellen Frieden eingesetzt war, haben ein neues Problem aufgeworfen, das von den Vertretern der unabhängigen Arbeiterpartei vorbereitet wurde. Es bezieht sich auf die Feststellung des Begriffes der „Living Wage“, das heißt eines Lohnsatzes, der zum normalen Lebensunterhalt nötig ist. Damit sind alle anderen Fragen verbunden, wie die Verhältnisse der Produktion, die Ausfuhr in Beziehung zu den Lohnlügen. Der Bericht des Unterkomitees wird dem Generalgewerkschaftsrat als Unterlage für die auf dem 12. Januar festgesetzten Besprechungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern vorgelegt werden.

Nach der III. ist ein günstiges Ergebnis der vorbereitenden Konferenz ziemlich zweifelhaft. Warten wirs ab. Wir trauen diesem „Frieden“ nicht recht.

Die Kaliindustrie am Jahreschluß.

Preiswucher und Rekordabfah. — Großchemie und Kali. — Truffrage verlag.

Die vor einem Jahre durch den Umfall des Reichswirtschaftsministers Curtius zustande gekommene Preiserhöhung für Kali, die für die Hauptsorten bis zu 24 Proz. ging, ist von uns stets als unzulässige Belastung der landwirtschaftlichen Verbraucherschaft belämpft worden. Den Argumenten der Kaliindustrie, daß für den zurückgegangenen Verbrauch im Jahre 1926 ein Ausgleich im Preise geschaffen werden müßte, stellen wir entgegen, daß bei dem längst nicht gestillten Düngemittelbedarf der heimischen Landwirtschaft mit steigendem Absatz für 1927 zu rechnen sei, und die Preiserhöhung der Landwirtschaft nur Mittel erzeuge, die sie für eine Intensivierung ihrer Betriebe dringend benötige.

Der jetzt von der Gebr.-Dammann-Bank, Hannover, veröffentlichte Jahresbericht über die Lage im Kaliabergbau gibt uns in jeder Hinsicht recht. Danach brachte das Jahr 1927 der Kaliindustrie einen Rekordabfah, der einschließlich der Dezemberabfah das bisher beste Jahre 1925 noch um 80 000 Doppelzentner übertrifft. Der Gesamtabfah von 12 335 000 Doppelzentnern ergibt gegenüber dem Vorjahresabfah eine Steigerung um rund 12 Proz. Der Gesamtenergieerlös, der 1925 etwa 157 Millionen betrug und 1926 auf 148 Millionen zurückging, hat sich auf 190 Millionen erhöht. Durch die Preiserhöhung hat die Kaliindustrie also die runde Summe von 33 Millionen als Sondergewinne eingestekt, die letzten Endes die Verbraucher zu Lasten haben.

Von ausschlaorbender Bedeutung für die Zukunft des Kaliabergbaus ist das Erscheinen des Chemietrusts auf dem Düngemittelmarkt mit seinem neuen Volldünger „Nitrophoska“. Die Nachfrage nach diesem Produkt ist im Laufe des Jahres detart gestiegen, doch sie nur mit Verzögerung der Lieferfristen bewältigt werden konnte. Da an den Kaliabergbau an der Verbreitung dieses Produkts auf den Weltmärkten direkt interessiert, ohne einen Absatzrückgang an reinem Kali zu befürchten. Doch es auf Grund dieser gemeinsamen Produktions- und Absatzinteressen in absehbarer Zeit zu einer engeren Verbindung mit der chemischen Großindustrie kommen muß, hält die Dammann-Bank für sicher. Der erste Schritt in dieser Richtung ist bereits vom Winterhalbjahre getan, und auch die kürzlich abgeschlossene Verkaufsgemeinschaft zwischen dem Chemietrust und der vom Kaliforscher Friedrichshall beherrschten Rheania-Kunheim A.-G. steht auf dieser Linie. Die Lösung dieser Frage wird für weitaus wichtiger gehalten als die vielfach diskutierte Bildung eines Kalitrusts. Bekanntlich haben im Laufe dieses Jahres die Leiter des Burbach-Konzerns, Korf, und des Winterhall-Konzerns, Koster, die Truffrage lebhaft propagiert, sind jedoch auf scharfen Widerstand der Truffraone, die sich hauptsächlich um die Salzbetturth, Weitergein, und Wärsleben-Konzerne stützen, gestoßen. Von dieser Seite wird behauptet, daß einmal durch das bis 1953 laufende Kaliwirtschaftsgesetz mit seiner Konfingentierung und Verkaufsregelung und ferner durch das deutsch-französische Kalifabkommen alle die Sicherungen erreicht seien, die sonst eine Truffsbildung wünschenswert erscheinen ließen. Daher sehen die Truffraone in der Schaffung eines Kalitrusts keine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern nur die Betriedigung machtpolitischer Bestrebungen einzelner Kalimagnaten.

Die Gesamtbelegzahl im Kaliabergbau, die auf den 4) noch in Betrieb befindlichen Schachanlagen — 188 Anlagen sind stillgelegt — beträgt wird, beläuft sich zurzeit auf etwa 21 000 Mann. Die aus dem Ausland stammenden Nachrichten über neue Kalivorkommen in der Welt werden, wohl etwas zu optimistisch, als Schantagemeldungen hingestellt. Insbesondere sei bei den tatsächlichen Fundstellen (Rufland, Lotes Meer) die Transporthfrage detart schwierig, doch allein dadurch schon eine wirtschaftliche Ausbeutung in Frage gestellt sei.

Stark erhöhter Kursstand der Aktien Ende Dezember 1927.

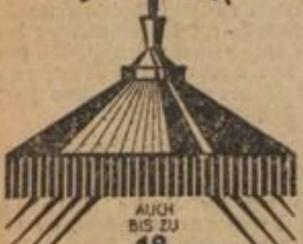
Nach einer Zusammenstellung der Commerc. und Privatbank zeigt der Kursstand der an der Berliner Börse amtlich notierten Aktienwerte Ende Dezember im Vergleich zum Vormonat folgendes Bild: Es notierten unter 50 Proz. der Gesamtparität 84 Werte oder 10 (11,3) Proz. der Gesamtzahl, von 50 bis 75 Proz. der Gesamtparität 111 Werte oder 13,3 (16) Proz., von 75 bis 100 Proz. der Gesamtparität 145 Werte oder 17,3 (18,6) Proz., von 100 bis 150 Proz. der Gesamtparität 286 Werte oder 34,1 (36,2) Proz., von 150 bis 200 Proz. der Gesamtparität 137 Werte oder 16,3 (11,3) Proz., von 200 bis 250 Proz. der Gesamtparität 42 Werte oder 5 (4,2) Proz., über 250 Proz. der Gesamtparität 34 Werte oder 4 (2,6) Proz. der Gesamtzahl. Die Aufwärtsbewegung der letzten Novemberbörse hat sich im Dezember 1927 verstärkt. Auf und über Parität standen Ende Dezember 1927 59,4 gegen 54,1 Proz. im Vormonat.

Eine bittere Pille will Frankreich aus den Reparationsleistungen für die deutsche Eisenindustrie bereiten. Nach der französischen Hochzeitschrift „Usine“ soll im Departement Basse-Loire ein neues Stahlwerk mit einer Jahresleistung von 200 000 Tonnen Stahl errichtet werden. Die französische Regierung unterliegt den Plan und soll bereits Lieferungen des Baumaterials aus deutschen Reparationsleistungen zugelassen haben, wobei auf zwanzig Jahre die Bezahlung kreditiert werden soll. Auch kein Anlaß, die deutschen Eisenpreise zu erhöhen.

Wachsende Weltstoffkonkurrenz. Auch die Isechel baut. Das wirtschaftswissenschaftliche Arbeitsministerium hat ein Programm zur Ausnutzung der vorhandenen Wasserkräfte für die Erzeugung von Stiefstoff in einem Ausmaß vorgelagt, daß die Einfuhr im Werte von hundert Millionen Isechelzentronen (rund 12 Millionen Rart) bald vollkommen megafallen kann. Das ist ein neues Zeichen, in welchem Eltempo sich die Stoffstoffkonkurrenz in der Welt verhält.

Beantwortlich für Politik: Dr. Curt Geper; Wirtschaft: G. Alingelher; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Eßern; Revolution: R. A. Pöcher; Lokales und Sonstiges: Kris. Karst; Anzeigen: Th. Gluck; Amtlich in Berlin: Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Eintrachtsstr. 2.

BELEUCHTUNGS KÖRPER



AUCH BIS ZU 18 MONATS-RATEN

Raddatz & Co

Berlin, Friedrichstraße 122/125

Eisu-Betten

Kinderbetten, Stahlmatt., güt.-l., an Priv. Kap. 209/10, Eisenmühlentab., Gonal (Thür.)

Es ist neu erschienen:

Der illustrierte sozialdemokratische Abreißkalender für 1928

Jede Seite bringt Illustrationen. Der Kalender kann in jeder Hinsicht als Quelle und Hilfsmittel dienen. Er bringt Zitate aus sozialistischen Werken, eine Fülle von Sentenzen in Poesie und Prosa. Nahezu 100 Verbände geben hier authentischen Bericht. Der Kalender kostet

Mark 2.—

Zu haben in allen „Vorwärts“-Abgabestellen und Partibuchhandlungen oder direkt von der „Vorwärts“-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

TRAURINGE



Ring Du'atengold (900 gest.) zum Reklamepreis von Mk. 18.— Gedingen und modern Mk. 2.— Schwere Ausführung Mk. 8.—

Ring (885 gest.) Gedingen und modern Mk. 12.— Schwere Ausführung Mk. 15.— Skarat, Ringe v. Mk. 4.— bis 7.— p. Stück Gravieren gratis zum Mitnehmen.

NZL, Artilleriestr. 10 W. Passauer Str. 12

Gen. -eschütter Hermann Wiese, Berlin

ständig ca. 3000 tugelose Trauringe am Lager.

Kopfschmerz, Nervenschmerzen

„Darmitin“-Pulver

unschädlich in allen Apotheken sofort wirkend

Mark 0.15

Es ist neu erschienen.

Kinderland 1928

Ein proletarisches Jahrbuch für die Buben und Mädels des arbeitenden Volkes. An dem Kalender haben auch dieses Mal die Kinder selbst tüchtig mitgearbeitet. Das „Kinderland“ koste

Mark 1.50

Zu haben in allen „Vorwärts“-Abgabestellen und Partibuchhandlungen oder direkt von der „Vorwärts“-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Zuverlässige billige und gute Stiefel

gibts bei

H. Bähr

Berlin, Spil.-elmarkt 1

Zu haben in allen „Vorwärts“-Abgabestellen und Partibuchhandlungen oder direkt von der „Vorwärts“-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

M-sken-Kostüme

elegant und preiswert nur im

Film-Kostümhaus Willi Ernst

BERLIN SO, Köpenicker Straße 55b Vorzeiger 10%, Ernählig